

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

beschädigten Bundesangestellten zu werben. Es wird ihm sicherlich schwer fallen, auch nur eine Tatsache anzuführen, mit der er sich rechtfertigen könnte. Demagogie und Verdrehungskünste verfangen in diesem Falle nicht, weil die Beweise für das Verhalten des Reichsbundes überzeugend dardun, daß das Gegenteil geschah. —

„Es droht Gefahr!“ so rufen jene Leute, die mitgeholfen haben, eine „drohende Gefahr“ zur Wirklichkeit werden zu lassen. Jetzt ist es zu spät, den Kampf zu führen, der übrigens nur in der Zeitung propagiert wird, um einige unwissende Angestellte ködern und fangen zu können. Die Herren haben sich den Zeitpunkt für Mitgliederfang schlecht gewählt, denn an der notwendigen Aufklärung über das Verhalten des Reichsbundpräsidenten anlässlich der Verabschiedung des Verwaltungs-Ersparungsgesetzes durch das Parlament werden die kleinen Bundesangestellten selbst es nicht fehlen lassen.

Ein kleiner Bundesangestellter.

Wird's endlich ernst?

Die Zeitungen enthalten wieder einmal Nachrichten vom Zusammentritt des Ausschusses in Genf, der die Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz vorbereiten soll.

Neben den im Völkerbundrate vertretenen Ländern sind noch Deutschland, Argentinien, Bulgarien, Chile, Finnland, Niederlande, Polen, Rumänien, Jugoslawien und die Vereinigten Staaten beteiligt.

Schon im Dezember des vorigen Jahres tagte die Abrüstungskonferenz, welche allerdings keinen anderen Erfolg zeitigte, als daß Fragebogen ausgearbeitet wurden, die dann wieder beiseite gelegt wurden.

Immerhin war es ein Versuch, die Abrüstungsfrage aufzurollen. Ob in der kommenden Konferenz etwas Bernünftiges herauskommen wird, ist sehr zweifelhaft, denn die einzelnen Staaten sind gegeneinander mißtrauisch, der Imperialismus zu vertieft und viele hohe Exzellenzen usw. zittern um ihre Posten.

Die Abrüstung liegt noch in ferner Zukunft, wenn der Schein nicht trügt. Man könnte fast überzeugt sein davon, daß eine Abrüstung nur ein frommer Wunsch ist und bleibt, wenn man die ungeheuren Rüstungen der einzelnen Staaten, den erbitterten Kampf der Rüstfabriken, die drohende Haltung Mussoliniens betrachtet.

Wie in einzelnen Staaten „abgerüstet“ wird, zeigen nachstehende Zahlen aus dem Etat 1925/26:

Frankreich. Stehendes Heer: 738.000 Mann (darunter rund 200.000 Farbige), 367 leichte und 408 schwere Batterien, 39.000 Maschinengewehre, 5800 Kampfwagen, 1500 Flugzeuge. Die Ausgaben für Heer und Marine belaufen sich auf 18 Prozent der gesamten Staatsausgaben.

Rußland. Stehendes Heer: 560.000 Mann, 580 leichte und 121 schwere Batterien, 15.000 Maschinengewehre, 100 Kampfwagen und 500 Flugzeuge. Militärlasten ebenfalls 18 Prozent der gesamten Staatsausgaben.

Polen. Stehendes Heer: 291.000 Mann, 321 leichte und 90 schwere Batterien, 9600 Maschinengewehre, 160 Kampfwagen und 360 Flugzeuge. Heeresausgaben 33 Prozent der gesamten Staatsausgaben.

Italien. Stehendes Heer (nur reguläre Armee): 250.000 Mann, dazu kommen 60.000 Karabinieri, 276 leichte und 192 schwere Batterien, 9000 Maschinengewehre, 100 Kampfwagen, 1200 Flugzeuge. Heeresausgaben 19 Prozent der Staatsausgaben.

England. Stehendes Heer: 145.000 Mann, 32 leichte und 30 schwere Batterien, 6000 Maschinengewehre, 300 Kampfwagen, 1200 Flugzeuge. Rüstungsausgaben inklusive Marine 14.6 Prozent der Staatsausgaben.

Tschechoslowakei. Stehendes Heer: 90.000 bis 170.000 Mann, je nach Jahreszeit, 192 leichte und 114 schwere Batterien, 4000 Maschinengewehre, 60 Kampfwagen, 400 Flugzeuge. Heeresausgaben 10.5 Prozent der gesamten Staatsausgaben.

Welch ungeheure Summen diese Rüstungen verschlingen, kann sich wohl jeder vorstellen. Viele Milliarden Volksvermögen werden ausgegeben, um Geschosse, Flugzeuge, die Menschen, Ebenbilder Gottes, morden sollen.

Furchtbar ist das Elend der „unteren“ Schichten der Bevölkerung, sie müssen hungern und darben, verfallen der Tuberkulose, gehen hysterisch und seelisch zu Grunde. Für sie sind keine Mittel vorhanden, sie zahlen selbst die Steuer für die Anfertigung von Mordwerkzeugen, die die Herrschenden dann gegen die Erzeuger, gegen die Geldgeber richten.

Mit einem Schlage könnte in jedem Lande das soziale Problem gelöst werden, die Bettler auf den Straßen würden der Bergangenheit angehören, die Kriegsoffer könnten anständig befürsorgt werden, wenn die Mittel für die wahnsinnigen Rüstungen anderen Zwecken zugeführt würden.

Für die Menschheit ergibt sich daher die notwendige Aufgabe, mitzuhelfen an der Abrüstung. Das kann jeder, denn er braucht nur selbst Pazifist zu sein und pazifistisch zu wirken.

Dann wird auf einmal der Tag kommen, der der Menschheit das Glück, den Frieden bringt. F.

Verbandsangelegenheiten.

Verbandsauschussitzung.

Der Verbandsauschuß trat am 25. April zu einer Sitzung zusammen, um die Berichte des Verbandsvorstandes über die Tätigkeit seit dem Verbandstage entgegenzunehmen. Gleichzeitig befaßte er sich auch mit der IX. Novelle zum Invaliden-Entschädigungs-Gesetz, sowie mit der Beschlußfassung über die neue Geschäftsordnung, welche infolge der Abänderung der Satzungen durch den Verbandstag notwendig war.

Kamerad Mitterbauer begrüßte die vollzählig erschienenen Ausschußmitglieder aufs herzlichste und eröffnete um 10 Uhr vormittags die Sitzung.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Allgemeiner Bericht des Verbandsvorstandes“ referierte Kamerad Weidinger. Aus demselben ging hervor, daß eine umfangreiche agitatorische Tätigkeit entfaltet wurde. Einige Zahlen als Beweis: Der Vorstand hielt 22 Sitzungen ab, Bezirkskonferenzen wurden 11 abgehalten. Versammlungen, welche vom Landesverbande mit Referenten besetzt wurden, fanden 82 statt, wobei die Einzelversammlungen nicht eingerechnet sind. Ortsgruppengründungen fanden 8 statt. Ebenso ist es möglich gewesen, einige aktionsunfähig gewordene Ortsgruppen wieder flott zu machen.

Die Kanzleiarbeit hat gegenüber dem Vorjahre bedeutend zugenommen, ebenso der Parteienverkehr. Eine große Anzahl von Interventionen bei der Invaliden-Entschädigungs-Kommission und verschiedenen Körperschaften waren notwendig, um den Wünschen der Kriegsoferschaft Rechnung zu tragen und ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen. Umfangreich war besonders die Arbeit wegen Einstellung von Kriegsbeschädigten nach dem Invaliden-Beschäftigungsgesetz. Leider war der Erfolg nicht der aufgewendeten Mühe entsprechend.

Neben der agitatorischen und kanzleimäßigen Tätigkeit mußte der Kampf um eine Novellierung des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes einhergehen. Wenn auch diesbezüglich ein Abschluß noch nicht erzielt werden